

Politische Zeitung

Insertionsgebühren für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 18 Sgr. 12 Pf. für 1000 Sgr. 100 Pf. Reclamen an der Spitze des Inseratenheftes pro Zeile 40 Pf.

vorm. im G. Schwedtsche'schen Verlage. (Hollischer Courier.)

N 199.

Verlag der Actien-Gesellschaft Politische Zeitung.

Halle, Dienstag den 28. August.

Verantwortl. Redacteur: In Vertr. A. Goepping in Halle.

1883.

Politische Wochenchau.

Halle, 27. August.

Se. Majestät der Kaiser hat in der vergangenen Woche wiederholt dem Exerciren von Truppenheilen der Garde in der Nähe von Potsdam beigewohnt. Am 18. fand bei Seiner Majestät ein Galadiner zu Ehren des Geburtsstages des Kaisers von Oesterreich-Ungarn statt. Am 19. wurde die Taufe des zweiten Sohnes des Prinzen Wilhelm gefeiert, welcher von fremden Fürstlichkeiten aus der Königst. von Rumänien und der Herzog von Coburg fernschrieben. Am Abend desselben Tages trat der Kronprinz seine Inspektionstour nach Darmstadt an.

Als herbeizugewandtes politisches Ereignis der Woche ist die durch Allerhöchste Verordnung vom 21. erfolgte Einberufung des Bundesrats und des Reichstages zu verzeichnen: der Bundesrat wird Montag, den 27. der Reichstag Mittwoch den 29. August zusammenzutreten. Zweck der Einberufung ist, wie angenommen werden darf, allein die Beratung des spanisch-deutschen Handelsvertrages, um bezüglich des Waarenverkehrs zwischen Spanien und Deutschland einen von allen Einwendungen freien Zustand zu schaffen. Intem die Regierung sich zu diesem Schritt entschlossen hat, giebt sie sich der Hoffnung hin, daß der Reichstag selbstig erkennen werde, um die Angelegenheit möglichst schnell zu erledigen. Es wird sich hierin das Interesse documentiren können, welches der Reichstag für die deutsche Industrie hat: die Regierung hat tasselbe ihrerseits durch Einführung des Protectors vom 14. August schon längst befähigt.

Der Aufenthalt des Cardinals Howard in Kiffingen blieb noch fortwährend Gegenstand vieler Commentare seitens der Presse, und zwar noch mehr, seitdem sich erwies hat, daß zwischen dem Reichskanzler und dem Cardinal keine Zusammenkunft stattgefunden. Es wird in den Blättern die Vermuthung ausgesprochen, daß der Cardinal die Absicht gehabt habe, dem Kanzler einen Besuch abzustatten und daß er den Auftrag habe, kirchenpolitische Angelegenheiten dabei zur Sprache zu bringen, daß aber der Kanzler wegen seines Gesundheitszustandes bisher nicht in der Lage war, dem Cardinal zu empfangen.

Angehört wird bekannt, daß von Seiten der Curie ein Akt vollzogen worden ist, welcher sowohl mit früheren Beschlüssen nicht im Einklang steht, als auch von vornhinein auf das höchste große Ansehen des Reiches zielt. Die Curie hat für den österreichischen Botschafter in Venedig ein Verweissungsurtheil erlassen, so daß dem Fürstbischof von Breslau jetzt deren zwei zur Seite stehen, während nach früheren Bestimmungen in dieser Diocese nur ein Weibbischof fungiren soll. Die Schaffung eines neuen Weibbischofs hätte nur nach vorhergehender Verständigung mit der preussischen Regierung erfolgen können. Die Bulle de salute animarum ordnet den Umfang und die Einrichtung der Diocese Breslau in der Art, daß eine Aenderung nur auf reinem Wege, wie die Bulle zu Stande gekommen ist, unter Mitwirkung der preussischen Regierung herbeizuführen werden kann. Die Schaffung eines zweiten Weibbischofs in einer Diocese, als deren integrierender Bestandteil der österreichische Antheil ausdrücklich bezeichnet wird, schließt eine einseitige Aenderung des geltenden Rechtsbestandes in sich. Der Staat ist, obwohl Gelegenheit vorhanden gewesen wäre, mit ihm darüber zu verhandeln, einseitig durch die Ernennung eines zweiten Weibbischofs vor eine vollständige Thatfache gestellt worden. Die Germania verurtheilt zwar, dieses Verfahren zu vertheidigen, aber dies gelingt ihr nur auf Grund einer gewaltsamen Interpretation der bezüglich der Bestimmung der Bulle.

Wenn diese Thatfache die gewünschte Rücksicht und das erwartete Entgegenkommen vermissen läßt, so kann andererseits auch bezüglich der Ausführung des kirchenpolitischen Gehezes vom 1. Juli einwinkeln weigern noch nicht die gewisse Verantwortlichkeit der Bischöfe zur Mitwirkung constatirt werden. Intem die Bulle hat der Cultusminister ein Circularecript an dieselben gerichtet, in welchem er sie auf die neuen gesetzlichen Bestimmungen sowie auf die Möglichkeit hinweist, bei Anstellung von Weibbischofen Dispensationen von den in Ansehung der Vorbereitung bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eintreten zu lassen. Der Cultusminister schlägt den Bischöfen darin vor, im Interesse der Vereinfachung des Geschäftsganges die Namen derjenigen Weibbischofen, welche Dispensation von den Vorschriften der Vorbereitung zu erlangen wünschen, in Form von tabellarischen Nachweisungen zusammenzustellen zu lassen und diese unter Beifügung der Verträge je nach Vertheilbarkeit der Fälle entweder der Provinzialräthe oder ihm direct zu übermitteln; auch erklärt er sich bereit, in eine Erörterung anderweitiger Einrichtungen, falls sie ihm vorge schlagen werden, einzutreten. Eine Antwort hierauf ist bisher noch nicht erfolgt; daß dieselbe schließlich entgegenkommen ausfallen werde, kann also noch immer erhofft werden. Ob an der Meldung der Bischöfe etwas Wahres ist, daß die Bischöfe neulich in einer Zusammenkunft, an der österreichische Genosse Sitzgehabten Konferenz sich entschlossen hätten, in ablegendem Sinne zu antworten, und daß sie sich nach dem Gewandten haben, um von dort die Entscheidung zu erbitten, mag dahin gestellt bleiben. Immerhin sei diese Nachricht erwähnt, weil sie ein Licht auf die gegenwärtige Lage wirft, namentlich weitere Schlussfolgerungen daraus zur Zeit noch nicht gerechtfertigt erscheinen. Zur Beilegung der Situation die t. e. ist wohl nicht, auch wenn noch nachträglich erwähnt wird, daß die neulich abgetheilte gewesene Centralverwaltung teuflicher Rathgeber, deren Ausfall mit der Unmöglichkeit begründet wurde, bei der Kürze der Vorbereitungszeit einen geeigneten Ort dafür aufzufinden zu machen, neuerer Bestimmung zufolge nur noch aufstehen soll, und zwar Mitte September in Düsseldorf.

Der Aufenthalt in Spanien ist beendet, König Alfonso hat bereits eine Rundreise durch die Provinzen angetreten, welche auffällige Bewegungen gezeigt hatten, und überall, sowohl in Valencia wie in Barcelona ist er mit Enthusiasmus empfangen worden. Ob die hinter uns liegenden Ereignisse zu einem Ministerwechsel führen werden, ist unbestimmt. Vorläufig sind

die dem Lande gegebenen constitutionellen Garantien suspendirt worden, um überall mit Nachdruck etwaigen neuen aufständischen Versuchen entgegenzutreten zu können. Als ein Zeichen der Wiederherstellung der Ruhe und des Vertrauens in die Zukunft kann der Entschluß des Königs aufgefaßt werden, seine Reise nach Deutschland zur Ausführung zu bringen. Soweit sich jetzt bekannt, wird König Alfonso, einer Einladung unseres Kaisers Folge leistend, im September den Wäldern des 11. Armeecorps einwohnen und aus dieser Veranlassung am 19. September in Frankfurt eintreffen. In Spanien legt man der Reise des Königs eine größere politische Bedeutung bei und ist der Ansicht, daß Spanien Ansehlich an den Friedenbund sucht, welcher zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien besteht. Derselbe Ansehlich vertreten französische Blätter, welche in Folge dieser Reise des Königs heftig bekämpfen und womöglich zu hintertreiben suchen: denn würde der Ansehlich vollzogen, so würde ja Frankreich noch isolirt sein. Wäre dagegen die republikanische Schlichterhebung in Spanien gestillt, dann würde Spanien jenen Ansehlich wohl nicht suchen können und dann hätte Frankreich auf alle Fälle eine Stütze an dieser Republik. Diese Freieinberufung läßt die Annahme einiger spanischen Blätter, der Auffassung sei durch die Gemittelt französischer Republikaner angeführt und unterstützt worden, fast als gerechtfertigt erscheinen. Jedenfalls ist der Sieg der Sache des Königthums in Spanien, in diesem Sinne betrachtet, als ein für den allgemeinen Frieden und für die Stärkung der freisinnigen Verbindungen in Europa nicht unwichtiges Ereignis zu betrachten.

In Frankreich haben die Berichte über die Reise des Kriegsministers Dubouche an die Fronten zur Inspicirung des hier errichteten Verteidigungssystems in den letzten Tagen den Hauptgegenstand des allgemeinen Interesses gebildet, und sowohl man auf die Schiedler hören darf — die Wessenslust aufzuheben können. Diese Berichte, welche die Pariser Blätter brockiren, erzählen von dem ausgezeichneten Zustande und der Unermüdbarkeit bei an der Mobilisation errichteten Festungen, welche die Strecke zwischen Toul und Verdun förmlich absperrt. Nachdem dies constatirt, beginnt in den Blättern eine Bewegung für die Verwirklichung des Gebankens, ein Armeecorps proheueise mobil zu machen, um so sehen, wie lange Zeit zu einer Mobilmachung erforderlich sei und ob auch in dieser Beziehung das Heer wirklich Fortschritte gegen früher gemacht habe. Das das betreffende Armeecorps zu den spanischen Departements gehören müsse, wird dabei als selbstverständlich vorausgesetzt. Man spricht sogar von der Absicht einer Besatzung, welche etwa 7 Millionen Francs zu diesem Zwecke von der Volksvertretung fordern soll. Inseß scheinen sich Bedenken gegen eine so ungewöhnliche Kraftprobe hervorzugetreten, die einmal bairn bestehen, daß aus der Schnelligkeit der Mobilmachung eines Armeecorps sich noch feinsinnige Schlässe ziehen lassen auf die Zeit, welche die Mobilisierung des ganzen Heeres in Anspruch nehmen würde, und soeben darin, daß am Ende der Versuch doch nicht so glänzend ausfallen könnte, als man hofft, und daß würde gewiss nicht ohne eine bedeutliche, moralische und politische Einwirkung bleiben. So wird wohl der Gedanke fallen gelassen werden, um so mehr, da der Ausfall der Generaltagestenden der republikanischen Partei wieder Gelegenheit und Veranlassung gegeben hat, sich mit allbekanntem Protesten aus dem Gebiete der inneren Politik zu beschäftigen. Die republikanische Partei ist Eizetier gegeben, ja verführt aus den Wahlen hervorgegangen, und so kann sie jetzt die Frage der Verfassungsgewalt und des Votumseritiumis wieder mit verwickelt Nachdruck aufwerfen. Die Feier des Monatsfestes am 15. August verlief ziemlich geräuschlos und ohne Manifestationen nach außen hin. Die Ehre des französischen Charismismus, die sich in zahlreichen nach Neanche lebenden Charakteren der Pariser Blätter ausdrückt, ist durch den „alten Wassertrahl“ eines Barn- und Wahrsartikels der „Nord. Allg. Z.“ urplötzlich abgeklärt worden, der natürlich in der französischen Presse lehrerhaftigen Widerspruch und freche Abwegungsversuche hervorgerufen hat, während die einheimischen politischen Verze die Zweckmäßigkeit des gemäßigten Heilmittels ausnahmslos anerkennen. Anzwischen hat der endlich nach langen schweren Leiden am Freitag früh erfolgte Tod des Orlans Opa m. b. d. die Aufmerksamkeit der französischen Politiker von diesem Zwischenfall wieder etwas abgelenkt. Welchen Einfluß dieser längst erwartete Todesfall auf die inneren Verhältnisse Frankreichs ausüben wird, bleibt abzuwarten und hängt wesentlich von der Haltung des Grafen von Paris ab.

Der König Milan von Serbien befindet sich gegenwärtig in Wien, wo er von Seiten des Kaisers die herzlichste Aufnahme findet. Dieser Besuch entbehrt nicht der politischen Bedeutung; er weist auf die Richtung hin, welche die Politik Serbiens mehr und mehr eingeschlagen hat, nämlich ein freundschaftliches Verhältnis mit und Ansehlich an Oesterreich-Ungarn zu suchen. Auch der König Karl von Rumänien wird auf der Rückreise von Berlin dem Kaiser Franz Joseph einen Besuch in Wien abstatten. Auch dieser Besuch behauptet den Wunsch des Königsreichs an der unteren Donau, mit Oesterreich-Ungarn auf gleichem Fuße zu leben. — In Agrao und Trief hat in der vergangenen Woche Unruhen stattgefunden, die aus dem Gegenatz der verschiedenen Nationen hervorgegangen; die kroatischen Excenten, die sich meist aus den untersten Volksschichten rekrutiren, demonstrieren gegen die ungarischen antiken Wappenschilder, und in Trief wird anlässlich des Geburtstages des Kaisers Franz Joseph unter die zur Feier vereinigten Volksmenge eine Betarte geworfen, welche mehrere Exzesse gegen die italienische Nationalität der mutmaßlichen Urheber zur Folge hatte und an den folgenden Tagen von der anderen Seite eine entsprechende Gegen-demonstration hervorrief. Doch ist es in beiden Orten der bewaffneten Macht gelang, die Ruhe wieder herzustellen und die erregten Gemüther zu beschwichtigen.

In Rom ereignet hat am 17. ein Prozeß vor einem außerordentlichen Gericht gegen das Ministerium begonnen, weil es angeblich dadurch die Verfassung verletzt habe, daß es den König veranlaßte, einen Beschluß des Storching (Abgeordneten-

haus) nicht zu functioniren. Der Prozeß lenkt einige Aufmerksamkeit auf sich, weil derselbe im Falle der Berrichtigung der Kammitglieder zu weitgehenden politischen Differenzen führen kann. Die europäische Demokratie sieht in demselben ein herrliches Zeichen weit vorgeschrittener constitutioneller Entwicklung, überseht aber, daß diese Einrichtung eine Rechnung ohne den Wirth ist; denn das Urtheil des Gerichts kann nur von dem Ministerium selbst vollstreckt werden; seine eigene Berrichtigung zu vollstrecken, wird aber das Kabinett, so lange es das Vertrauen des Königs besitzt, gewiss nicht Willens sein. Hieraus dürfte auch ein neuer Prozeß entstehen und so in's Unerendliche. Im letzten Ende richtet sich ein solcher Prozeß nicht gegen ein Ministerium, sondern gegen die Macht des Königthums. Der weiteren Entwicklung dieser Dinge in Norwegen sehen alle politischen Kreise mit Spannung entgegen.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns heute: Der Tod des Grafen Chambord ist kein überraschendes Ereignis; er wurde seit Wochen vorhergesehen und der Einbruch auf Frankreich konnte um so weniger aufregend sein, als die Contingualitäten, welche sich an das Ereignis der älteren Linie der Bourbonen den Verhältnissen nach schließen möchten, schon damals in der Presse nach allen Richtungen hin erörtert wurden, als die Bringen des Hauses Orleans nach Prozedur eilten, um den irdisch erkrankten, König ihrer Theilmade zu verheiraten. Für die Orleans ist die schwerste Aufgabe erwachsen, eine Form für die Erklärung; daß sie die ihnen angebotene Erbschaft annehmen zu finden, ohne sich der Gefahr der Ausweisung auszusprechen, welche sie so sehr fürchten. Aber alles Aufgeben von verlässiger Klugheit wird ihnen nicht helfen, wenn die republikanische Regierung sich nicht mehr Vortheil davon verspricht, dieses Präsidententum unter dem Damocleschwert der Ausweisung zu bekalten, statt durch rigorose Maßregeln ihren Theilmade zu zunichten.

Die Republik hat aus den letzten Generaltagsarbeiten die Zuversicht entnommen können, daß die Sympathien der Bevölkerung sich mehr und mehr der neuen Staatsform zuwenden, und gewiß trägt diese nicht die Schuld, wenn die internationalen Beziehungen Frankreichs, namentlich Deutschlands gegenüber, nicht so gut sind, als sie sein könnten. Die deutsche Politik ist seine Tendenz-Politik; sie enthält sich streng jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten und hat die guten Beziehungen zu Spanien, welchen mit Rücksicht auf die beiderseitigen Interessen so viele Pflege zuwenden wird, auch damals nicht alteriren lassen, als dabeist die Republik etabliert wurde. Niemals hat sich in Frankreich eine Wahl so frei von jeder Beeinflussung vollziehen können, als zur Zeit, wo die deutschen Heere im Lande standen; Deutschland hat der Wiedereinrichtung der Republik in Frankreich ebenso wenig Hindernisse in dem Weg gelegt, als den Oegnen später (1873) Vorschlag geleistet; es fürdet die Republik nicht, aber es kann nicht immer ruhig zusehen, daß der Chovinismus, welcher ja unter jeder Regierungsform in's Kraut schießen kann, mit einem an Wahlsinn grenzenden Eifer zwei Nationen aneinander zu setzen versucht, welche ihrer Bildung nach wahrlich zu einem ebigen Wettstreit berufen wären, als dem des Waffengewalts. Es ist geradezu abgemacht, wenn die französische Presse, statt die Warnung der „Nord. Allg. Z.“ zu beherzigen, bestehen jetzt den Charakter einer belagerten Tröschung zuzuschreiben, mozu man allerdings nur gelangen kann, wenn man die Veranlassung zu jeder Mahnung schamlos ableugnet. Intem man so obermuthlich die Dinge auf den Kopf stellt und eine Warnung zu einer Heranzuführung kommt, wird den chauvinistischen Hegeeren allerdings Vorwurf geleistet, aber die gleichzeitigen Berichtigungen, daß die französische Regierung lediglich ein Friedenspolitik verfolge, verlieren in eben dem Grade an Ueberzeugungskraft.

Wettersoll in der Presse davon die Rede gewesen, daß die Gerichthallen von der Verwaltung der indirekten Steuern im Finanzministerium nimmehr der Aufsichtverwaltung wieder zurückgegeben werden sollen. Nachdem schon vor längerer Zeit sommitrarische Verhandlungen stattgefunden hatten, die dann fallig angelegt wurden, liegt nimmehr die bestimmte Absicht vor, über die beregte Materie eine Defensivricht vorzubereiten und diese dem Landtage vorzulegen, der dann seine Entscheidung zu Beginn des kommenden Jahres zu treffen haben wird. An eine gesetzgeberische Maßregel würde daher in seiner Weise vor dem 1. April 1884 zu denken sein.

Der Kurgen ging über den Anbrang zur Affessoren-Prüfung eine Mitteilung durch die Presse, die von einer Dauer des Examen von durchschnittlich 8 Monaten spricht, so daß u. A. erst im Oktober d. 3. die Candidaten zur mündlichen Prüfung kommen — ihre Zahl soll sich auf circa 750 belaufen —, die im November resp. Dezember ihre erste Arbeit erhalten haben. Diese Mitteilung bestätigt sich leider und findet ihre Erklärung jedoch in dem überzogen Anbrang der Candidaten. Unrichtig jedoch ist der zweite Theil jener Auslassung, nämlich, daß eine Verstärkung der Mitglieder der Prüfungskommission eintreten soll. Es ist dies aus Gründen des Personalbestandes nicht durchführbar.

Bermischte Nachrichten.

Von einem schweren Unfall wurde am Freitag Vormittag der Oberst v. Bülow, Flügeladjutant des Kaisers und Commandeur des 3. Garde-Ulanen Regiments, auf dem Bordensteiner Felde betroffen. Während er bei einer Attade an der Spitze des Regiments ritt, kam ein Ulan mit der zur Attade bestimmten Lanze dem Pferde des Commandeurs zu nahe, so daß dieses strauchelte und mit seinem Reiter stürzte. Wie berichtet wird, hat der Oberst auch eine geringe Verletzung am Bein durch die Lanze des nachfolgenden Ulans davongetragen. Prinz Wilhelm begab sich sofort nach der Wohnung des Herrn v. Bülow, um der Besichtigung des letzteren von dem Unfall Kenntnis zu geben. Herr v. Bülow dürfte in Folge des Sturzes auf mehrere Wochen dem Dienste entzogen werden.







